

NR. 2, JULI 2026

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



› **GROSSRATSWAHLEN:** BÜNDNER GRÜNE LEGEN ZU

SEITE 7

› **MIKE SARBACH:** WIL GEHT IN DEN ZWEITEN WAHLGANG

SEITE 8

› **DOPPELPROPÖRZ:** INITIATIVE IN ST.GALLEN LANCIERT

SEITE 10



REFERENDUM GEGEN

NEUE ATOMKRAFTWERKE



Im Einklang mit der Natur

Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste
Label der Schweiz



UNSER ANLAGETIPP: NATURGARTEN

Investieren Sie ins blühende Leben. Besser können Sie
Ihr Geld in diesen Zeiten nicht anlegen.

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem
besonderen Angebot und dem guten Service.
Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-,
Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps
und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

Markus Allemann Naturgärten GmbH

Reisefieber



Planung, Ausführung und
Unterhalt von Naturgärten

9562 Märwil
Telefon 071 633 29 84

www.natur-gaerten.ch

DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1950 Mitglieder und
Sympathisant*innen der GRÜNEN
in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei drei Schaltungen 20%
Rabatt, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

JETZT INVESTIEREN!
Genossenschaft für zukunftsfähigen
Wohn- und Arbeitsraum
im Toggenburg



www.stadtuer.ch



STADTUFR

KULTUR, WOHNEN & ARBEITEN

IM KLEINEN WIE IM GROSSEN

Liebe GRÜNE

Bestimmt kennt ihr das Gefühl, alles allein stemmen zu müssen. Die Krisen türmen sich, die Schlagzeilen werden lauter, und manchmal beschleicht einen der Gedanke: Was kann ich da schon ausrichten? Dieses Gefühl der Ohnmacht kennen wir gut. Und doch fangen wir genau jetzt etwas Neues an – zum ersten Mal in einem Co-Präsidium bei den GRÜNEN Thurgau.

Dass wir dieses Amt teilen, ist kein Zufall, sondern Programm. Denn Teilen ist ein zutiefst grüner Wert. Wer Verantwortung teilt, trägt sie leichter. Wer Ressourcen teilt, schont sie. Wer Lasten gerecht verteilt, schafft Solidarität. Was im Kleinen für ein Präsidium gilt, gilt im Grossen für eine ganze Gesellschaft – und für eine ganze Welt.

Niemand löst die grossen Fragen allein

Denn die Herausforderungen unserer Zeit machen an keiner Grenze halt. Der Klimawandel schert sich nicht um Kantons- oder Landesgrenzen, die Hitze trifft uns hier wie anderswo, und die Frage nach einer lebenswerten Zukunft stellt sich überall auf der Welt. Genau deshalb ist die Versuchung gefährlich, sich abzuschnitten und zu glauben, wir kämen allein besser durch.

Das Gegenteil ist wahr. Eine Schweiz, die sich einigelt, wird kleiner – nicht stärker. Eine Schweiz, die offen ist und sich gemeinsam mit anderen für Klimaschutz, Menschenrechte und Gerechtigkeit einsetzt, wird ihrer Verantwortung gerecht. Und so schliesst sich der Kreis: Es beginnt dort, wo Menschen Verantwortung teilen – in Vereinen, Gemeinden und Kantonen. Und es reicht bis zu der Frage, welche Rolle die Schweiz in der Welt spielen will.

Liebe GRÜNE, lasst uns nicht leiser werden. Lasst uns offen sein, teilen, uns verbünden – im Kleinen wie im Grossen. Denn gemeinsam tragen wir mehr.



Nicole Rueegg und Simon Vogel
Co-Präsidium der GRÜNEN Thurgau
nicole.rueegg@gruene-tg.ch | simon.vogel@gruene-tg.ch



OSTGRÜN NR. 2/2026

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Postfach, 9001 St.Gallen

Juli 2026
Erscheint 3mal jährlich

Auflage: 1900 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Gianluca Looser (SH), Lydia Tobler (GR)

Autor*innen: Daniel Bosshard, Iris Büchel, Peter Dransfeld, Kurt Egger, Iren Eichenberger, Meret Grob, Kaspar Schuler

Gestaltung: Mischa Herzog

Titelbild: iStock

Porträtfoto: S. 4 Patrick Itten,
S. 5 Béatrice Devès



Bild: zvg

MOBILITÄTSBON-INITIATIVE

STARKER ÖV – FAIRE FLUGPREISE

Der Flugverkehr ist der grösste Klimatreiber der Schweiz. Die Politik schaut weg. Mit der Mobilitätsbon-Initiative schaffen wir endlich faire Bedingungen für klimafreundliches Reisen. Eine verursachergerechte Abgabe auf Flugtickets und Privatjets bremst klimaschädliche Flugreisen und machen Zugreisen für alle bezahlbar und attraktiv.

Fliegen belastet das Klima: Neben dem enormen CO₂-Ausstoss durch Kerosin sind auch Emissionen wie Wasserdampf, Stickoxide, Schwefeldioxide oder Russ, die beim Fliegen in die Atmosphäre gelangen, stark klimaschädlich. Insgesamt ist der Flugverkehr heute für rund 27 % des Klimaeffekts der Schweiz verantwortlich – mehr als jeder andere Sektor. Und dennoch wächst er ungebrems weiter.

Ein zentraler Grund dafür liegt in der Schieflage unseres Steuersystems: Der Flugverkehr wird gegenüber klimafreundlicheren Verkehrsmitteln massiv bevorzugt. Auf Kerosin wird keine CO₂-Abgabe erhoben, und er profitiert von weitreichenden Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer (MWST). So wird die Branche jährlich mit hunderten von Millionen Franken entlastet – auf Kosten von Klima und Gesellschaft.

Mobilitätsbon-Initiative

Mit der Mobilitätsbon-Initiative setzen wir genau hier an. Sie führt eine Flugticketabgabe ein: Für jedes Ticket ab der Schweiz werden mindestens 30 Franken erhoben – je nach Distanz und Flugklasse deutlich mehr. Damit wird ein Teil der versteckten Subventionen korrigiert. Andere Länder haben gezeigt: Diese Massnahme alleine bewirkt, dass bis zu jedem fünften Flug verhindert wird. Und wer fliegt, beteiligt sich so künftig stärker an den verursachten Umwelt- und Gesundheitskosten.

Mindestens zwei Drittel der Einnahmen sollen an die Bevölkerung zurückverteilt

werden – in Form eines Mobilitätsbons. Dieser kann für internationale Zugreisen, ein Halbtax oder für regionale Busangebote genutzt werden. Als übertragbarer Gutschein kommt er allen zugute. Jede in der Schweiz wohnhafte Person erhält so jährlich über 100 Franken für klimafreundliche Mobilität. Wer wenig oder gar nicht fliegt, profitiert sogar doppelt: Durch saubere Luft – und durch kostenlose Reisegutscheine.

Bis zu einem Drittel der Einnahmen kann in den Ausbau klimaverträglicher Verkehrslösungen investiert werden, etwa in internationale Zugverbindungen oder neue Nachtzuglinien. So entstehen echte Alternativen zum Flugzeug – komfortabel, bezahlbar und klimafreundlich.

Die Mobilitätsbon-Initiative sorgt für mehr Kostenwahrheit im Flugverkehr, korrigiert ungerechte Subventionen und stärkt gleichzeitig den öffentlichen Verkehr. Sie schafft die Voraussetzungen dafür, dass sich immer mehr Menschen bewusst für die klimafreundliche Reise entscheiden können.

Unterschreibe auch du die Mobilitätsbon-Initiative – für einen starken ÖV und faire Flugpreise.

<https://www.mobilitaetsbon.ch/de/unterschriftenbogen>



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG

«Die Mobilitätsbon-Initiative sorgt für mehr Kostenwahrheit im Flugverkehr.»



Bild: Adobe Stock

DIE MEDIENFÖRDERUNG MUSS WEITERENTWICKELT WERDEN

Die Medien können ihre wichtige Aufgabe als vierte Gewalt nicht mehr vollständig wahrnehmen; es ist Zeit für eine kanalunabhängige Medienförderung. Die GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, den Journalismus durch neue Lösungen langfristig zu stärken.

Nur 38 % der Stimmbevölkerung haben Anfang Jahr die «Halbierungsinitiative» angenommen. Der wiederholte Angriff der SVP auf die SRG, einen Pfeiler der Medienlandschaft in der Schweiz, ist gescheitert. Das ist erfreulich, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Situation der Medien in der Schweiz besorgniserregend ist. Während die SRG schmerzhaft Kürzungen hinnehmen musste, aber noch ein breites Angebot bis in die Regionen gewährleisten kann, sprechen Expert*innen bei den Printmedien bereits von «Medienwüsten» in Teilen der Schweiz. Besonders auf dem Land entstehen Regionen, in denen lokale und regionale Berichterstattung kaum noch stattfindet und die Realitäten vor Ort immer weniger sichtbar sind.

Geschäftsmodelle sind gefährdet

Dies hat Gründe: Die Werbeeinnahmen fließen heute zunehmend an internationale Plattformen. Seien wir ehrlich: auch in unseren Wahlkämpfen steigt das Budget für Instagram, Facebook und co., während auf Inserate immer häufiger verzichtet wird. Bestehende

Geschäftsmodelle sind damit gefährdet. Immer mehr Menschen holen sich die Informationen auf Plattformen, die qualitativ nicht an eine seriöse Berichterstattung herankommen. Die Auflage der Zeitungen ist stark rückläufig. Dabei ist die Berichterstattung

«Wir brauchen Medien, die informieren, einordnen und unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen.»

zentral für unsere Demokratie. Wir brauchen Medien, die informieren, einordnen und unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen. Medienförderung ist nicht nur der Wunsch nach einer vielfältigen Medienlandschaft. Sie ist vor allem auch eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der demokratischen Teilhabe und der politischen Kultur. Die Frage ist, wie wir es künftig noch sicherstellen, dass die Menschen Zugang zu qualitativ hochwertigen Informationen haben.

Neuer Verfassungsartikel nötig

Die Medienpolitik und -förderung des Bundes unterscheidet zwischen elektronischen Medien und Printmedien. Gestützt auf Artikel 93 der Bundesverfassung hat der Bund eine umfassende Kompetenz im Bereich von Radio und

Fernsehen. Im Bereich der Printmedien beschränkt sich die Kompetenz auf die indirekte Presseförderung. Diese Zerteilung trägt künftigen Entwicklungen der Medienlandschaft nicht mehr Rechnung. Es wird deshalb Zeit, diesen Verfassungsartikel so umzuformulieren, dass er weiterhin funktionierende öffentlich-rechtliche und private Medien gewährleistet.

Die Unabhängigkeit der Medien ist dabei zu gewährleisten. Der Journalismus soll direkt gefördert werden; dies zum Beispiel über eine verwaltungsunabhängige Trägerschaft wie eine Stiftung. Doch so etwas zu etablieren dauert Jahre. Es wird deshalb Zeit, dass wir das Anliegen anstossen, damit wir in einigen Jahren nicht realisieren müssen, dass auch die Ostschweiz eine Medienwüste geworden ist.



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL



Bild: Adobe Stock

NEIN ZU NEUEN AKW! JETZT UNTERSCHREIBEN!

Die Schweiz hat 2017 den Atomausstieg beschlossen – Fukushima und Tschernobyl waren Warnung genug. Trotzdem wollen die bürgerlichen Parteien nun neue Atomkraftwerke bauen. Das bremst den Ausbau der erneuerbaren Energien aus und produziert noch mehr radioaktiven Müll.

KEG. Atomkraft ist ein Irrweg für die Schweiz: Sie bremst die Energiewende, verunsichert Investoren und kommt für den Klimaschutz zu spät. Statt die Klimakrise zu bekämpfen, verschwendet sie Zeit, Geld und Chancen für eine sichere, erneuerbare Stromzukunft. Mit dem Geld eines neuen AKW könnten rund zwei Drittel aller Einfamilienhäuser in der Schweiz mit einer PV-Anlage ausgestattet werden.

Der Umbau des Energiesystems ist ein langfristiges Projekt. Kraftwerke werden für 20 bis 80 Jahre geplant und finanziert. Wer investiert, braucht stabile politische Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit. Die Annahme der Atom-Initiative oder des Gegenvorschlags des Bundesrats wäre eine fundamentale Richtungsänderung zur heutigen Energiepolitik. Sie signalisiert: Die Energiepolitik ist wieder offen für Atomkraft. Genau diese Unsicherheit bremst Investitionen in erneuerbare Energien. Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Schweizerischen Energie-Stiftung zeigt: Die Aufhebung des AKW-Neubauverbots hat erhebliche Konsequenzen für den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion in der Schweiz.

Milliardenkosten für die Bevölkerung
Weltweit wird kein Atomkraftwerk ohne staatliche Subventionen gebaut und betrieben. Der Bau eines neuen AKW in der Schweiz würde zu Kosten von mindestens 25 Milliarden Franken führen. Die finanzielle Last für ein AKW trägt weltweit kein privater Investor. Auch in der Schweiz müsste die Zeche die Bevölkerung bezahlen – sei es durch Steuern, Stromtarife, staatliche Garantien oder durch unsichtbare Langzeitrisiken. Teuer ist alles an einem AKW: Der Bau, der Betrieb – und erst recht, ein potenzieller GAU.

Auch die Versorgungssicherheit spricht gegen neue Grosskraftwerke: Laut der Eidgenössischen Elektrizitätskommission ElCom stellt ein AKW-Ausfall das grösste Einzelrisiko für die Stromversorgung dar. Ein dezentrales, erneuerbares System ist widerstandsfähiger als eines, das von störungsanfälligen Grossanlagen abhängt.

«Auch in der Schweiz müsste die Zeche die Bevölkerung zahlen.»

Abhängigkeit von Russland
Atomkraftwerke benötigen bekanntlich Uran. Die Schweiz importiert den Brennstoff zu grossen Teilen aus Russland und Kasachstan. Doch nicht nur bei der Beschaffung des Urans, auch bei der Nukleartechnologie bestehen grosse Abhängigkeiten. Wer ein AKW bauen will, beauftragt als Lieferanten Atommächte wie Frankreich oder die USA – oder begibt sich in die Fänge des russischen Staatskonzerns Rosatom.

Breites Bündnis sammelt Unterschriften
Das Bündnis «Nein zu neuen AKW» besteht aus mehreren Parteien und Organisationen, die sich für eine menschen- und umweltfreundliche Energiezukunft aus Erneuerbaren und gegen die Aufhebung des AKW-Neubauverbots einsetzen.

Unterschriftenbögen gibt's hier:
<https://gruene.ch/kampagne/akw-nein-danke>

Kanton St.Gallen bitte hier:
https://gruene-sg.ch/nein_zu_neuen_akw/



Bild: Maya Crameri

DURCHBRUCH :

7 GRÜNE IM BÜNDNER PARLAMENT

Was ein mutiges Vorhaben war, hat sich zu einem sagenhaften Erfolg entwickelt: Neben den zwei bisherigen wurden am 14. Juni fünf neue grüne Grossrät*innen gewählt! Damit sind die GRÜNEN bis 2030 mit vier Frauen und drei Männern im Grossen Rat vertreten.

KSC. Die Erfolgsstory begann 2022 mit den ersten Proporzahlen für den Grossen Rat, wofür die Linke in Graubünden über 100 Jahre lang gekämpft hatte. Im Juni 2022 schafften es Anita Mazzetta und Simon Gredig als erste GRÜNE überhaupt ins Kantonsparlament, gemeinsam mit der SP.

Eigene Grossratsliste

Beflügelt vom Wahlerfolg von Simon Gredig, der es im Juni 2024 im ersten Wahlgang auch in die Stadtregierung von Chur schaffte, wagten es die GRÜNEN, dieses Frühjahr mit einer eigenen Grossratsliste anzutreten. Das Ziel: Fraktionsstärke. Mit 5.41 Prozent der Stimmen und den 7 Sitzen haben sie jetzt gleich beide Hürden überraschend elegant genommen: Es braucht mindestens 3 Prozent für den Parlamenteinzug und 5 Sitze für die Fraktionsbildung.

Was den GRÜNEN gelang, ist ein grüner Coup, der nur dank 53 Kandidierenden in 17 der 39 Wahlkreise möglich wurde. Ihnen und all den Helfer*innen danken die GRÜNEN herzlich für das intensive Engagement. Kandidat*innensuche und Wahlkampf wären ohne die allererste und begeisterte Parteisekretärin Lydia Tobler nicht möglich gewesen, die mona-

telang pausenlos agierte und organisierte, improvisierte und motivierte.

Nun folgt die Knochenarbeit

Im neu gewählten Kantonsparlament sitzen weiterhin 27 Vertreter*innen von SP und uns GRÜNEN gegenüber sieben Vertreter*innen von der GLP und 86 aus SVP, Mitte und FDP, die zudem durchs Band viel mehr Männer als Frauen stellen. Den grössten Wahlerfolg hat die SVP eingefahren. Sie ist von 25 Sitzen auf 35 gewachsen. Am gleichen Wahltag hat sie auch erstmals seit 18 Jahren wieder einen Regierungsratssitz erhalten, mit der Davoserin Valérie Favre Accola. Die von den GRÜNEN unterstützte GLP-Kandidatin Nora Saratz Cassin lag etwas abgeschlagen hinter ihr. Wenn die vier wiedergewählten Regierungsrät*innen, darunter der von den GRÜNEN unterstützte Peter Peyer (SP), erwartungsgemäss ihre Departemente nicht wechseln, wird die SVP dem Umweltschutz Sorge tragen müssen.

Es gilt also trotz Verdreifachung der Parlamentssitze viel grüne Überzeugungskraft und emanzipatorische Muskeln

zu zeigen, um im Bündner Grossen Rat das zweite Viertel des 21. Jahrhunderts entwicklungsorientiert einzuläuten. Im weitläufigen und wirtschaftlich unterschiedlich geprägten Bergkanton drohen die entscheidenden Metathemen Erstwohnungsnot und Gesundheitsversorgung, Klimaschutz und Energieproduktion, Tourismuswandel, Landschaftsübernutzung und Biodiversitätsstärkung unkoordiniert zu bleiben.

«Es braucht also trotz Verdreifachung der Parlamentssitze viel Überzeugungskraft.»

GEWÄHLTE

Gewählt worden sind namentlich: Anita Mazzetta, Kreis Chur, bisher; Caroline Huber, Kreis Ilanz; Flavia Brüesch, Kreis Chur (dort auch Gemeinderätin/Legislative); Jahzara Crameri, Kreis Fünf Dörfer; Cédric Kleeb, Kreis Trin; Nicolas Zogg, Kreis Rhäzüns; Simon Gredig, Kreis Chur, bisher (dort auch Stadtrat im Departement für Bau, Planung und Umwelt).



Bild: Thomas Glauser

MIKE SARBACH

IN DEN WILER STADTRAT

Nach 21 Jahren im Stadtparlament Wil möchte der Musiklehrer und Betriebsleiter Mike Sarbach den Schritt in die Exekutive wagen. Nach einem ersten knappen Wahlgang kommt es im August zum Duell zwischen dem GRÜNEN und einem national bekannten Kandidaten der SVP.

MGR. Der erste Wahlgang endete mit einem klaren zweiten Rang für Michael Sarbach. Er lag rund 450 Stimmen hinter Lukas Reimann von der SVP und rund 750 Stimmen vor dem Kandidaten der Mitte.. Nach dem Rückzug des Mitte-Kandidaten kommt es im zweiten Wahlgang nun zum Duell

zwischen Mike Sarbach und Lukas Reimann. Das heisst im zweiten Wahlgang entscheidet Wil über die politische Richtung im Stadtrat. Dieses Duell steht für zwei völlig unterschiedliche Vorstellungen davon, wie die Stadt Wil ihre Zukunft gestalten soll. Auf der einen Seite eine Politik des Bremsens und Polarisierens. Auf der anderen Seite Mike Sarbach: erfahren, lösungsorientiert und bereit, Verantwortung für morgen zu übernehmen.

«Der Wiler Stadtrat braucht ein grünes Gewissen.»

braucht Wil keine rechte Politik und Nein- Sager, sondern entschlossenes Handeln. Klimaschutz, Energiewende, nachhaltige Mobilität und eine kluge Stadtentwicklung sollen so umgesetzt werden, dass auch zukünftige Generationen in der Stadt Wil leben können

und wollen. Es geht um erneuerbare Energie, lebenswerte Quartiere, sichere Velowege und eine Stadt, die ökolo-

gisch, sozial und wirtschaftlich stark bleibt. Denn wer nach den vergangenen Wochen den Einsatz für Klimaschutz, Massnahmen gegen Hitze, die Planung der Stadt mit Schwammstadtelementen nicht als notwendig erachtet, sollte definitiv nicht in den Wiler Stadtrat gewählt werden. Die Hitzewelle hat es wieder gezeigt. Es braucht Menschen, die das Thema Klima nicht als Randerscheinung behandeln, sondern sich im Stadtrat mit starker Stimme dafür einsetzen und Massnahmen umsetzen. Der Wiler Stadtrat braucht ein grünes Gewissen.

Brücken statt Gräben

Mike Sarbach steht für genau diesen Weg. Er bringt Erfahrung aus Parlament und Kantonsrat mit, baut Brücken statt Gräben und bringt Projekte ins Ziel. Denn seine Liebe für Wil ist nicht nur das Gefühl von Heimat, sondern auch der feste Glaube, dass diese Stadt viel zu bieten hat und noch viel entwickeln kann. Ein grüner Sitz im Stadtrat bedeutet: Zukunft gestalten statt Probleme aussitzen.

DEINE UNTERSTÜTZUNG

Damit diese Wahl Wirklichkeit wird, braucht es jetzt einen starken Schlussspurt. Gegen einen national bekannten SVP-Kandidaten braucht es Sichtbarkeit, Überzeugungskraft und breite Unterstützung. Spenden sind deshalb zentral. Jede Spende hilft mit, dass Wil im Stadtrat eine grüne, verantwortungsvolle und zukunfts-fähige Stimme erhält.

<https://michaelsarbach.ch>



Mike Sarbach im Einsatz (Foto: zVg)



Bild: Béatrice Devès

DANKE KURT EGGER!

ELF JAHRE ERFOLGSGESCHICHTE

Nach elf Jahren an der Spitze der Thurgauer GRÜNEN hat der 70-jährige Kurt Egger am 7. Mai sein Amt an Nicole Rüegg und Simon Vogel übergeben. Peter Dransfeld, grüner Kantonsrat und langjähriger Weggefährte, würdigt den scheidenden Präsidenten.

Lieber Kurt

Es dürfte ziemlich genau 30 Jahre her sein, dass wir uns erstmals begegnet sind, schwitzend auf dem Weg zum Solarhaus auf der Hundwiler Höhe. Mit Politik hatten wir damals wenig am Hut. Wir wussten aber, dass grünes, nachhaltiges Leben und Wirtschaften, von dem wir überzeugt waren, bei vielen auf Skepsis stiess. Politisiert hat uns wohl auch der Wunsch, daran etwas zu ändern.

Grüner Unternehmer

Als Berufsbezeichnung stand in deinen Wahlunterlagen immer «Unternehmer». Vielleicht eine Provokation gegenüber jenen Parteien, die meinen, das Unternehmertum für sich gepachtet zu haben. Dein vor 30 Jahren gegründetes Energieberatungsunternehmen und dein enger Austausch mit Wirtschaftsakteuren der Baubranche hat diejenigen eines Besseren belehrt, die Nachhaltigkeit in Widerspruch zu wirtschaftlichem Denken sahen.

Etwas später, dann aber sehr erfolgreich, bist du in die kantonale Politik eingestiegen. Schon kurze Zeit nach deiner Wahl in den Grossen Rat hast du das Präsidium der GRÜNEN Thurgau angetreten.

«Im Parlament nahm man dich bald wahr als überlegt, klug, mitunter mutig.»

Im Parlament nahm man dich bald wahr als einen, der lieber ein Wort zu wenig von sich gibt, das dann aber überlegt, klug, mitunter mutig, so

dass dir der Respekt weit über die eigene Partei hinaus sicher war.

Zwei Höhepunkte

Vier Jahre nach deinem Amtsantritt gelang dir ein erstes Glanzstück: Mit dir schafften wir 2019 wieder den Sprung in den Nationalrat – 24 Jahre nach dem Ausscheiden von Peter Schmid. Als frischgewählter Nationalrat hast du dir rasch über Fraktionsgrenzen hinweg Respekt verschafft als kluger, kompetenter Politiker, als Mitglied der angesehenen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK.

Deine neue Aufgabe in Bern hat dein Engagement in der Kantonalpartei keineswegs geschmälert. So gelang uns, unter deiner massgeblichen Mitgestaltung, ein sensationeller Erfolg in den Grossratswahlen 2020: Mit einer von 9 auf 15 erhöhten Zahl gewählter Sitze im Parlament folgte ein zweiter Höhepunkt deines Präsidiums.

Dass wir 2023 knapp den Sitz in Bern und 2024 zwei Sitze im Grossen Rat abgeben mussten, schmälert nicht deine Verdienste: die GRÜNEN Thurgau sind unter deiner Leitung zu einer Kraft geworden, an der kein Weg vorbei führt. Wir verdanken dir unermesslich viel.

Wir wünschen dir Glück und Erfolg in deinen neuen Aufgaben und sagen Merci villmol!

ZUR PERSON

Kurt Egger wurde im Mai 2015 als Nachfolger von Urs Oberholzer zum Präsidenten der GRÜNEN Thurgau gewählt. Bereits 2012 ist er in den Grossen Rat des Kantons gewählt und 2016 wieder gewählt worden. 2019 (bis 2023) gelang der Sprung in den Nationalrat. Kurt Egger war Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK.



Bild: zVg

FÜR EINE FAIRES WAHLSYSTEM – DAMIT JEDE STIMME ZÄHLT

Die Initiative «Damit jede Stimme zählt!» ist lanciert. Sie will ein Wahlsystem, bei dem jede Stimme gleich viel zählt und der Wahlwille fair im Kantonsrat abgebildet wird. Damit die Initiative zustande kommt, müssen in den nächsten fünf Monaten 4'000 Unterschriften gesammelt werden.

Am 1. Juni 2026 haben die GRÜNEN Kanton St.Gallen gemeinsam mit GLP, SP und EVP die Initiative «Damit jede Stimme zählt! – Für ein faires Wahlsystem im Kanton St.Gallen» lanciert.

Im Kanton St.Gallen zählen nicht alle Stimmen gleich viel. Das heutige Hagenbach-Bischoff-Verfahren verteilt Sitze ausschliesslich innerhalb der einzelnen Wahlkreise. Dabei entstehen Rundungsdifferenzen. Stimmen, die für einen weiteren Sitz nicht ausreichen, gehen ersatzlos verloren. Besonders hart trifft das kleinere Parteien. Das Ergebnis: Bei den Kantonsratswahlen 2024 brauchten die GRÜNEN und die GLP je anderthalbmal so viele

Stimmen wie die SVP für einen einzigen Sitz. Das ist kein Zufall – das ist ein Systemfehler, der sich Wahl für Wahl wiederholt.

«Keine Stimme soll mehr verloren gehen.»

von Vertretern der GRÜNEN, GLP und EVP mit 66 zu 34 Stimmen ab dem parlamentarische Weg ist ausgeschöpft. Deshalb soll die St.Galler Bevölkerung über die

Einführung eines fairen Wahlsystems entscheiden.

Das Initiativkomitee hat nun fünf Monate Zeit, 4'000 Unterschriften zu sammeln. Die GRÜNEN wollten davon 2'000 Unterschriften beisteuern. Das ist ehrgeizig – und machbar, wenn alle anpacken.

Mehr unter:
www.jede-stimme-zaehlt.ch

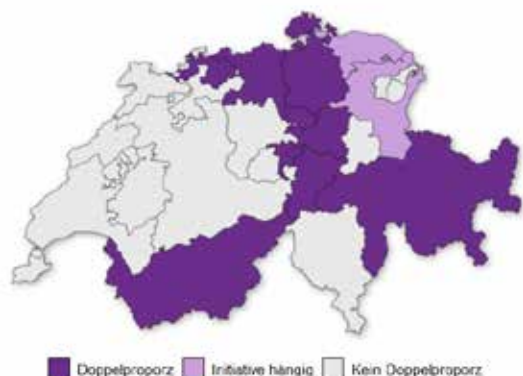


Diego Müggler
Vertreter Initiativkomitee
Vorstandsmitglied GRÜNE SG

Erprobte Lösung
Der Doppelproporz berechnet zuerst kantonal, wie viele Sitze jeder Partei zustehen, und verteilt sie anschliessend fair auf die Wahlkreise. Die Wahlkreise bleiben vollständig erhalten. Es ändert sich ausschliesslich die Berechnungsmethode. Jede Stimme fliesst in die Gesamtrechnung ein – keine geht mehr verloren, weil der falsche Wahlkreis oder die Parteigrösse im Weg steht. Zehn Deutschschweizer Kantone wenden dieses System bereits erfolgreich an – von Zürich bis Nidwalden (vgl. Abbildung links). Die Initiative wagt somit kein Experiment, sondern will, dass der Kanton St.Gallen demokratiepolitisch mit der Zeit geht.

Kantonsrat hält an Privilegien fest
Dreimal hat der Kantonsrat dieses Anliegen abgelehnt – 2007, 2018 und 2023. Jedes Mal mit denselben Argumenten – vorgebracht von denjenigen, die vom heutigen System profitieren. 2023 lehnte der Kantonsrat die Motion

Verbreitung des Doppelproporz in der Schweiz



■ Doppelproporz ■ Initiative hängig ■ Kein Doppelproporz



Bild: Adobe Stock

FISCH MUSS SCHWIMMEN – VERKEHR MUSS FLIESSEN

Zoff um spröden Stoff über eine Initiative der EDU im Schaffhauser Parlament. Wer rund zehn Zeilen über Initiative und Gegenvorschlag aushält, wird mit einem bodenständigen Verhinderungskrimi belohnt, der vor Bundesgericht für die GRÜNEN ernüchternd endet – aber noch nicht vor dem Stimmvolk.

IEI. Fisch muss schwimmen – Verkehr muss fließen. Gestärkt mit Volksweissenheiten dieser Art hat sich die EDU 2024 mit ihrer Verkehrsflussinitiative auf ins Schaffhauser Wahljahr gemacht und hat damit manchen Fisch an Land gezogen. Stolze 1742 Unterschriften oder Dreiviertel mehr als nötig konnte sie im November 2024 der Staatskanzlei übergeben.

Verkehr muss fließen!

Die Initiative verlangt eine Änderung im Strassengesetz des Kantons Schaffhausen, nämlich zu Art. 12, mit neuem Abs. 3: «Auf Kantonsstrassen innerorts, die auch vom Öffentlichen Verkehr genutzt werden, gilt generell Höchstgeschwindigkeit 50 km/h. Der Verkehrsfluss auf diesen Strassen darf weder durch bauliche Massnahmen noch durch Verkehrsanordnungen behindert oder verlangsamt werden.» Und ebenfalls neu Abs. 4: «Ausnahmen von Abs. 3 dürfen nur über kurze Strecken bewilligt werden. Diese Ausnahmen bedürfen einer Festlegung im kantonalen Strassenrichtplan.»

Das alles ging selbst der Regierung und dem mehrheitlich bürgerlichen Kantonsrat zu weit. Die Regierung re-

duziert Art. 12 Abs. 3 daher mit einem Gegenvorschlag auf schlichte zwei Sätze: «Auf verkehrsorientierten Kantonsstrassen innerorts gilt grundsätzlich als allgemeine Höchstgeschwindigkeit 50 km/h. Der Verkehrsablauf darf nicht behindert werden.» Auf Ausnahmen, gemäss Initiative Abs. 4 wird verzichtet, weil sie nach übergeordnetem Bundesrecht ohnehin abschliessend geregelt sind.

Das meint der Kantonsrat

So nüchtern, wie das Gesetz es schreibt, wurde aber im Kantonsrat nicht diskutiert. Selbst die Regierung gab zu bedenken, dass die Initiative Eingangsbremsen bei Ortsdurchfahrten oder den Bau von Mittelschutzeisen bei Zebrastreifen verhindern würde. Aber nein, das Dorf müsse auch für die Feuerwehr, Schneeräumung und den Gelenkbus passierbar sein, halten die Initianten entgegen. Unzweifelhaft sagt dagegen der grüne Maurus Pfalzgraf zum Initiativtext: «Ausnahmen für Tempo 30 bedürfen einer Richtplanänderung – Volkstäuschung sei das, weil die Leute glaubten, das sei

zwingend und dies stehe im Konflikt mit Bundesrecht.»

Dieser und weitere Kritikpunkte seiner Beschwerde, zusammen mit einem Vertreter der SP, wurden vom Bundesgericht abgewiesen. Das Klarheitsgebot

sei gewahrt, keine Volkstäuschung also. Aber der Titel der Initiative sei problematisch, weil auch Temporeduktion den Verkehrsfluss verbessern könne (also doch Irreführung?). Die Beschwerde wurde abgewiesen, bitter! Aber entscheiden wird das Volk am 27. September 2026.

«Die Initiative würde
Eingangsbremsen
oder Verkehrssinseln
verhindern.»

Irreführung?). Die Beschwerde wurde abgewiesen, bitter! Aber entscheiden wird das Volk am 27. September 2026.



Bild: GRÜNE Eschlikon

SCHÜTZEN, WAS WIR BRAUCHEN

Die GRÜNEN Hinterthurgau machen sich daran, Invasives aus der Natur zu entfernen. Fünf Ortsgruppen nehmen sich jährlich einen Tag Zeit, um Neophyten wie Berufkraut, Robinie oder Kirschlorbeer den Garaus zu machen. Die Erfolge sind sichtbar.

IBU. Auch in diesem Jahr beteiligten sich Gruppen aus Sirnach, Münchwilen, Eschlikon, Fischingen und Bichelsee Balterswil an der regionalen Neophyten-Aktion. In Münchwilen zeigte sich, dass frühere Arbeiten gewirkt haben: Viele Wiesen und Strassenränder sind frei von invasiven Arten. An einzelnen Stellen mussten jedoch erneut Bestände von Berufkraut und Sommerflieder entfernt werden.

«Besonders erfreulich war der Einsatz der Kinder, die alle mindestens einen eigenen Sack füllten.»

In Bichelsee Balterswil beteiligten sich auch vier Kinder tatkräftig an der Aktion. Während an einigen Stellen mehr Neophyten als im Vorjahr gefunden wurden, zeigten andere Flächen deutliche Verbesserungen. Besonders erfreulich war der Einsatz der Kinder, die alle mindestens einen eigenen Sack füllten.



Sommerflieder (Foto: Adobe Stock)

Auch im Wald gibt's Neophyten

In Eschlikon konzentrierte sich eine Gruppe auf den Südhang beim Säntisblick, wo sich junge Robinien stark ausbreiten, seit dort keine Damhirsche mehr weiden. Eine zweite Gruppe entfernte Kirschlorbeer aus dem Wald oberhalb des Höhenwegs – ein Problem, das durch Samen aus umliegenden Gärten stetig zunimmt.

In Fischingen war die Gruppe klein, aber sehr effizient: Drei Teilnehmende füllten zehn Säcke. In Sirnach wurde Berufkraut und Goldruten gejätet.



Goldruten (Foto: Adobe Stock)

Neophyten ausreissen lohnt sich

Die Aktion macht deutlich, wie wichtig gemeinschaftliches Engagement ist, um die heimische Natur zu schützen. Invasive Neophyten wie Berufkraut, Robinie oder Kirschlorbeer verdrängen einheimische Pflanzen, verändern Böden und rauben wertvollen Lebensraum für Insekten und Vögel. Besonders im Wald können sie ganze Flächen überwuchern und die natürliche Verjüngung der Bäume behindern. Durch gemeinsames Ausreissen lassen sich diese Arten eindämmen, bevor sie sich grossflächig ausbreiten.

INFOS ZU NEOPHYTEN

Gemäss neophyt.ch gibt es in der Schweiz momentan 88 invasive Neophyten. 32 davon gelten als potenziell schädlich, die restlichen 56 nachweislich schädlich. Bekanntere Arten der Schwarzen Liste sind Riesen-Bärenklau, Kirschlorbeer oder Götterbaum. Erst seit 2024 ist das Inverkehrbringen von 50 Arten in der Schweiz verboten (Freisetzungsverordnung).

SCHAFFHAUSEN

Drei Datacenter im Kanton Schaffhausen

In Schaffhausen läuft gerade Einiges. Erstmals wurde in der Schweiz ein Vorstoss zur Regulierung des Baus und zur Abwärmenutzung von Datacentern von unserem Kantonsrat Maurus Pfalzgraf angenommen. Denn in der Schaffhauser Gemeinde Beringen ist ein Datacenter in Bau, das knapp 73% des jährlichen kantonalen Stromverbrauchs zusätzlich beansprucht. Zwei weitere sind geplant. In diesem Zusammenhang findet Anfang Juli auch ein Aktionscamp der Gruppe «Aufstände der Allmende» in der Region Schaffhausen statt, das sich kritisch mit der KI-Infrastruktur und den milliardenschweren Strippenziehern dieser Datacenter auseinandersetzt.

40 Jahre GRÜNE Schaffhausen

Die GRÜNEN Schaffhausen feiern am 29. August ihr 40-jähriges Jubiläum, mit Musik, Essen, Trinken und Reden im Mosergarten. Sie freuen sich über jeden Besuch von befreundeten Nachbarsektionen.

GRAUBÜNDEN



Grüner Churer Stadtrat kämpft für den ÖV

Viele Bündner Gemeinden sind aktuell nicht gut auf das kantonale Amt für Verkehr AEV zu sprechen. Der Grund: Der Kanton klassifiziert einen beträchtlichen Teil des bestehenden Busangebotes kurzerhand neu als Zusatzerschliessung und überwälzt damit die Kosten auf die Gemeinden. Damit droht ein massiver Abbau des ÖV. Im Rahmen der GöV-Revision hatte der Kanton noch Besitzstand für das aktuelle Angebot garantiert. Der Grüne Grossrat und Stadtrat Simon Gredig reichte nach ergebnislosen Gesprächen mit dem AEV einen Auftrag ein und fordert diese Kostenumlagerung zu

stoppen. Mit dem Auftrag traf er einen Nerv vieler betroffener Gemeinden. Sein Auftrag wurde einstimmig überwiesen. Der Kanton muss nun im Rahmen des Budgets eine Zusatzfinanzierung vorschlagen.

THURGAU



Andres Halter neu im Grossen Rat

Andres Halter (31) aus Schönholzerswilen nimmt ab dem Sommer Platz im Grossen Rat des Kantons Thurgau. Er ist Bio Landwirt und leitet den Landwirtschaftsbetrieb Spatzehof. Andres Halter löst Ueli Keller aus Bischofszell ab, der seit 2020 Kantonsrat ist.

Tempo 60 am Bichelsee

Die grüne Kantonsrätin Isabelle Vonlanthen-Specker fordert mit einigen Mitstreiter*innen Tempo 60 auf der Kantonsstrasse beim Bichelsee. Derzeit ist Tempo 80 erlaubt. Während der Badesaison kommt es hier immer wieder zu gefährlichen Situationen.



ST.GALLEN

Politische*r Sekretär*in gesucht

Sebastian Koller ist noch bis Ende September 2026 als politischer Sekretär der GRÜNEN Kanton St.Gallen tätig. Für seine Nachfolge suchen die GRÜNEN St.Gallen per 1. Oktober 2026 oder nach Vereinbarung eine*n politische*n Sekretär*in (20–30 %). Gesucht wird eine engagierte Persönlichkeit mit Kampagnenflair und Eigeninitiative. Bewerbungen sind bis am 16. August 2026 möglich. Die vollständige Stellenausschreibung findet sich unter:

www.gruene-sg.ch/stellen.

Wechsel im Kantonsrat

Margot Benz ist auf Ende der Sommersession aus dem St.Galler Kantonsrat zurückgetreten. Seit ihrem Eintritt im Jahr 2020 engagierte sie sich mit grosser Fachkompetenz in der Rechtspflegekommission und deren Lenkungsausschuss. Daneben wirkte sie in zahlreichen vorberatenden Kommissionen mit. Die GRÜNEN danken ihr herzlich für ihren grossen Einsatz und ihre klare Stimme im Parlament. Ihre Nachfolge übernimmt ab der Herbstsession die 27-jährige Ladina Bischof aus Engelburg. Die angehende Politikwissenschaftlerin freut sich darauf, künftig eine junge progressive grüne Stimme im Kantonsrat zu sein.





Bild: Adobe Stock

ABSTIMMUNGEN

VOM 27. SEPTEMBER 2026

Am 27. September stehen zwei nationale Abstimmungen an, die wichtige Themen der GRÜNEN betreffen. Die Neutralitätsinitiative der SVP setzt die internationale Verlässlichkeit der Schweiz aufs Spiel. Die Ernährungsinitiative ist gut gemeint, aber schlecht gemacht.

NEIN zur Neutralitätsinitiative

Die Neutralitätsinitiative will die «immerwährende und bewaffnete» Neutralität der Schweiz in der Verfassung verankern. Auch Sanktionen gegen kriegsführende Länder sollen nur noch möglich sein, wenn die UNO solche beschlossen hat.

Die Initiative ist nicht nur unnötig – der Grundsatz der Schweizer Neutralität ist bereits heute in der Verfassung verankert –, sondern sie schadet auch den ausserpolitischen Interessen und der Sicherheit der Schweiz. Sie will eine starre und rückwärtsgewandte Neutralitätsdefinition in der Bundesverfassung verankern. Sie will der Schweiz verbieten, Sanktionen zu erlassen oder sich den Sanktionen ihrer Partner anzuschliessen. Und dies sogar bei Fällen schlimmster Völkerrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen, wie sie etwa Russland in der Ukraine begeht. Das kommt nicht nur einer moralischen Bankrotterklärung der Schweiz gleich, sondern schadet auch den ausserpolitischen Interessen und der Sicherheit der Schweiz. Der Verzicht auf Sanktionen öffnet international Tür und Tor für eine aggressive Grossmachtpolitik und schadet damit der Stabilität der inter-

nationalen Ordnung. Die Achtung und die Durchsetzung des Völkerrechts ist für die Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität zentral. Darüber hinaus droht der Schweiz ein enormer Reputationsschaden, wenn sie sich in Zukunft gegenüber Völkerrechtsverletzung 'neutral' verhält und damit faktisch die Position des Aggressors stützt.

NEIN zur Ernährungsinitiative

Die Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» verlangt, dass der Selbstversorgungsgrad der Schweiz von heute 50 auf 70 Prozent steigt. Erreicht werden soll das, indem die Lebensmittelproduktion mehr auf pflanzliche statt auf tierische Nahrungsmittel ausgerichtet wird. Zudem soll das Trinkwasser besser geschützt werden.

Gut gemeint, aber schlecht gemacht. Das heutige Ernährungssystem braucht eine ökologische Wende, darin sind wir uns einig. Die Ernährungsinitiative ist dafür aber der falsche Weg. Ein Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent würde bei den aktuellen politischen Mehrheiten zu einer massiven und unökologi-

schen Intensivierung des Ackerbaus führen, insbesondere im Mittelland. Dies würde die Bodenfruchtbarkeit und Wasserqualität noch mehr gefährden und damit genau jene Ressourcen, welche die Initiative eigentlich schützen will. Kleinbäuer*innen drohen durch diese Intensivierung noch stärker unter die Räder zu kommen. Die starre Umsetzungsfrist von zehn Jahren würde zudem eine massive Unterstützung durch den Staat bedingen.

Die GRÜNEN haben im Parlament einen Gegenvorschlag eingebracht, der leider gescheitert ist. Sie haben die Initiative im Parlament einstimmig abgelehnt. Stattdessen werden sie die wichtigen Ziele (Schutz der natürlichen Ressourcen, Reduktion von Umweltbelastungen und Förderung der Biodiversität) im Rahmen der kommenden Agrarpolitik 2030+ einbringen. Die nationale Delegiertenversammlung der GRÜNEN hat Stimmfreigabe beschlossen.

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

NEIN	zur Neutralitätsinitiative
Stimmfreigabe	zur Ernährungsinitiative



Bild: Jugendparlament SG AI/AR

NACHGEFRAGT BEI

REBECCA MEIER

Rebecca Meier ist die erste GRÜNE im Gossauer Stadtparlament. Zudem ist sie mit 23 Jahren mit Abstand das jüngste Mitglied der hiesigen Legislative. Im Gespräch mit Daniel Bosshard erzählt sie von ihren ersten Erfahrungen und ihrem Einsatz für mehr Partizipation.

Seit Anfang Jahr sitzt du im Gossauer Stadtparlament. Wie hast du die ersten Monate erlebt?

Die ersten Monate waren sehr aufregend. Ich habe viele neue Leute und Prozesse kennengelernt und durfte mich in diverse Dossiers einlesen, was ich sehr spannend fand. Ausserdem habe ich von allen Seiten viel Unterstützung erfahren, was mir den Einstieg sehr erleichtert hat.

Du bist die erste GRÜNE im Gossauer Stadtparlament. Was bedeutet dir das?

Im Alltag heisst dies erstmals, dass ich häufig erklären muss, dass ich zwar mit der SP in einer Fraktion bin, aber nicht in der SP und auch nicht in der GLP bin. Darüber hinaus habe ich als erste GRÜNE die Gelegenheit, die Partei in Gossau zu prägen und in der Bevölkerung bekannt zu machen. Dies ist eine tolle Aufgabe – allerdings eine, die auch mit grosser Verantwortung verbunden ist.

Mein Ziel ist es, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit im Parlament voranzutreiben und gleichzeitig die GRÜNEN in der Bevölkerung zu stärken.

Welches Thema möchtest du in dieser Legislatur besonders voranbringen?

Hast du bereits einen Vorstoss eingereicht oder geplant?

Ich habe in der vergangenen Parlamentssitzung bereits eine erste Interpellation zum Thema Politische Bildung, einem Thema, für welches ich mich bereits seit vielen Jahren einsetze, eingereicht. Des Weiteren habe ich Vorstösse in den Bereichen nachhaltige Stadtentwicklung und Chancengleichheit geplant.

Was hat dich in der politischen Arbeit bisher am meisten überrascht?

Sehr positiv überrascht hat mich, dass ich bis weit ins bürgerliche Lager Unterstützung erfahren habe. Viele finden es toll, dass sich eine junge Person für Kommunalpolitik engagiert. Natürlich hoffe ich, dass ich auch auf Unterstützung zählen kann, wenn es nicht nur um organisatorische Dinge geht, sondern auch um Inhaltliches.

Erschreckend fand ich, wie schnell es ging, bis Interessensvertreter*innen auf mich zukamen und mir erzählt haben, wie wichtig ihr Anliegen ist... Lobbyismus beginnt offenbar bereits auf Gemeindeebene.

Wie stellst du dir Gossau in zehn Jahren vor?

Wenn es nach mir geht, ist in zehn Jahren das Verkehrsproblem in Gossau durch ein attraktives Velonetz und einen gut ausgebauten ÖV gelöst. Ausserdem sind die Quartiere mit vielfältigen Einkaufs- und Freizeitangeboten aufgewertet – darunter Sport, Kunst sowie Grünflächen, wo sich Menschen treffen und einfach mal sein können. Wichtig ist mir auch, dass es mehr und bessere Partizipationsmöglichkeiten für die ganze Bevölkerung gibt, damit (politische) Entscheidungen nicht länger nur von denen getroffen werden, die ohnehin bereits Gehör finden und das Sagen haben.

ZUR PERSON

Rebecca Meier (23) wohnt in Arnegg und studiert Gesundheitswissenschaften und Technologie an der ETH Zürich. Damit möchte sie später im Public Health-Bereich arbeiten. Seit 2019 betätigt sie sich im Jugendparlament und wurde 2021 Mitglied der jungen Grünen. Im Winter jobt sie als Skilehrerin und im Sommer als Bademeisterin.



Referendum zu neuen AKW

Bereits auf Seite 6 werden die Gründe des Referendums genannt. Ein breites Bündnis hat sich formiert: Darunter sind die GRÜNEN, die SP, die Grünliberalen, die Mitte-Frauen sowie diverse Umweltorganisationen. Wir möchten dich ermutigen, uns bei der Unterschriftensammlung tatkräftig zu unterstützen für ein urgrünes Anliegen:

<https://gruene.ch/kampagne/akw-nein-danke>



Mobilitätsbon-Initiative

Die Mobilitätsbon-Initiative schafft faire Bedingungen für klimafreundliches Reisen. Mit einer verursachergerechten Abgabe auf Flugtickets und Privatjets bremsen wir klimaschädliche Flugreisen und machen Zugreisen für alle bezahlbar und attraktiv.

Unterschreibe jetzt den beigelegten Unterschriftenbogen für die Mobilitätsbon-Initiative.

OSTGRÜNE:

ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch

- GRÜNE Graubünden
7000 Chur
079 901 83 23
www.gruene-gr.ch
info@gruene-gr.ch

- GRÜNE Schaffhausen
Brünigstrasse 7
8200 Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
info@gruene-sh.ch

- GRÜNE St.Gallen
Postfach
9001 St.Gallen
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

- GRÜNE Thurgau
8570 Weinfelden
079 304 37 49
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch

- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 3/26
15.11.2026

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Schaffhausen

www.gruene-sh.ch

- Donnerstag, 27.8., 19 Uhr MV GRÜNE Schaffhausen, Walther-Brüngolf-Platz 8, Schaffhausen
- Samstag, 29.8., 15 bis 23 Uhr, 40 Jahre GRÜNE Schaffhausen, Mosergarten Schaffhausen
- Mittwoch, 21.10., MV GRÜNE Schaffhausen, Walther-Brüngolf-Platz 8, Schaffhausen

St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- Freitag, 7.8. – Sonntag 9.8., Einsatz der GRÜNEN Linth /RJ am Rapperswiler Seenachtsfest mit eigener Fischbeiz
- Freitag, 10.7., 8 – 12 Uhr Unterschriften-Aktion GRÜNE Stadt St.Gallen, Bauernmarkt
- Samstag, 11.7., 10 – 16 Uhr Unterschriften-Aktion GRÜNE Stadt St.Gallen, Multertort
- Freitag, 17.7., 8 – 12 Uhr, Unterschriften-Aktion, GRÜNE Stadt St.Gallen, Bauernmarkt
- Samstag, 25.7., 10 – 16 Uhr Unterschriften-Aktion, GRÜNE Stadt St.Gallen, Bärinnenplatz
- Montag, 24.8., 18.30 Uhr Rundgang Grüne Perlen im St.Galler Stadtpark, Gauklerbrunnen
- Donnerstag, 10.9., GRÜNE Stadt St.Gallen «Demokratie-Initiative», Gespräch mit Walter Brunner und Jeyakumar Thuraiajah, Zeit u. Ort folgen
- Samstag, 24.10., 8.30 – 12 Uhr Naturschutzeinsatz der GRÜNEN Uznach, Kaltbrunner Riet, Infopavillon, Uznach
- Samstag, 4.11., 19 – 21 Uhr MV GRÜNE Kanton St.Gallen, Ort folgt

Thurgau

www.gruene-tg.ch

- Samstag, 15.8., 10 Uhr MV GRÜNE Thurgau, Weinfelden
- Montag, 19.10., 19.15 Uhr MV GRÜNE Thurgau, Frauenfeld

National

www.gruene.ch

- Samstag, 22.8., DV GRÜNE Schweiz, Freiburg
- Sonntag, 27.09., Eidgenössische Abstimmungen